

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1268, Ruben & Comp. Organ für das werktätige Volk. Postkonten: Städtische Staatsbank, Dresden, Hans D. Arbeiter, Angerehellen u. Brannen, H. Dresden, Gebrüder Krubold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

200

Dresden, Freitag, den 26. August 1932

43. Jahrgang

Die Diktaturgefahr

Bermehrung des Glends - Wer steht hinter dem Diktator?

Paris, 26. August. (Sig. Funkpruch.) Die für heute angekündigte Rede des Reichskanzlers v. Papen in der die Beschlüsse des Kabinetts zu erörtern werden sollen, wird in Paris mit großer Spannung erwartet. Man glaubt, der Kanzler werde in dieser Rede mit der er weiter seine Methode, den Reichstag durch den Rundfunk zu erreichen, befolge, nämlich über seine außen- und innenpolitischen Absichten Angehörigkeits erwarbt man vor allem Aufklärungen über die Reichswehrprogramm, innenpolitisch glaubt man voranzusehen zu können, daß v. Papen sich immer auf Diktatur einstelle.

Die Dauer, so meint der Petit Parisien, unmöglich die Exekutive mit der Legislative verknüpfen. Man werde also den Rubikon überschreiten und der Regierung Gewalt antun. Der Versuch, das Wahlrecht und die Verfassung durch Abstimmung zu ändern und den Reichstag auszulösen, verlängere lediglich die Zeit, bringe aber keinen Ausweg. Der Rat in glaubt in der Nacht, daß der Staatskommissar für Preußen, Bracht, Sachverständigenabteilung über seine Geschäftsführung vor dem Reichstag ablehne, einen Beweis dafür zu geben, daß die Diktatur in Deutschland bereits eingerichtet sei.

Die Vermirrung und die Rastlosigkeit, die die glorreiche Reichsregierung herausgehoben hat, wird immer größer. Mein Wunsch weicht heute in Deutschland, wie zu einem arbeitsfähigen Reichstag und zu einer arbeitsfähigen Regierung kommen sollen. Mein Wunsch, daß die Diktaturgefahr weitergeht, und daß in gewissen Fällen wohl auch bei der Regierung selbst, die Diktaturgefahr immer größer werden. Es mag schon sein, daß sich Papen und Schleicher mit der Hoffnung tragen, auf diese Weise aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich hineingelassen haben. Aber selbst, wenn Papen zur Auf-

richtung irgendeiner Art Diktatur entschlossen sein und wenn er dabei den Reichspräsidenten hinter sich haben sollte, so sind damit noch keineswegs die Schwierigkeiten gelöst.

Mussolini hatte in Italien wenigstens seine Fascisten hinter sich, als er seine Diktatur errichtete, wer aber steht hinter Herrn von Papen? Außer einer Handvoll Großgrundbesitzer und Großindustriellen nur die Deutschnationalen des Herrn Dugenberg. Mit den Hitler-Fascisten hat sich Papen wahrscheinlich unheilbar verdrängt, nachdem er von ihnen in der schändlichsten Weise hineingelockt und betrogen wurde. Und wie die übrigen Parteien über einen Staatsstreich und eine Diktatur denken, ist ja genügend bekannt.

Dazu kommt, daß einem Diktator Papen auch die Einzelheiten große Schwierigkeiten bereiten können. Was geschieht, wenn die Länder, insbesondere die süddeutschen Staaten, erklären, daß sie eine verfassungswidrige Diktaturregierung nicht anerkennen? Soll dann gegen die widerwärtigen Länder Gewalt ergriffen werden, und wie will man den Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu Leibe gehen, wenn eine Regierung da ist, die sich eigentlich nur auf die Reichswehr stützt? Wäre ein Diktator könnte noch mehr Sondergerichte einsetzen und ein paar hundert oder ein paar tausend Menschen ins Zuchthaus schicken, aber glaubt jemand, daß es auf diese Weise möglich wäre, Deutschland zu regieren? So könnte es leicht kommen, daß ein Versuch, in Deutschland eine Diktatur gegen das Volk anzuknüpfen, mit einem jäherlichen Zusammenbruch endete. Die Not der Massen des deutschen Volkes müßte dabei immer unerträglicher werden.

Maria Jettin gesundet. Die kommunistische Reichsdelegation hat dem Reichspräsidenten Dr. Brüning jetzt formell mitgeteilt, daß als ältestes Mitglied des neuen Reichstages die kommunistische Abgeordnete Frau Jettin am 30. August zur Eröffnung des Reichstages erscheinen und die Funktionen der Alterspräsidentin ausüben werde. Die Nazis drohen erneut mit Maden gegen die Alterspräsidentin.

„Wehrhoheit“ Was will Herr v. Schleicher?

Es gehört nun einmal zu den Eigenarten der „grundtätigsten neuen Staatsführung“, daß das deutsche Volk über die Auffassungen und Absichten seiner Regierenden in den großen Problemen der in- und ausländischen Politik zumeist auf dem Umwege über die englische, die amerikanische oder die französische Presse informiert wird. So darf man sich darüber nicht wundern, daß man zum ersten Male durch eine Meldung der französischen Savas-Agentur davon erfahren hat, daß Deutschland in den nächsten Tagen durch seine Botschafter in Paris und London das Problem der deutschen „Wehrhoheit“ aufrollen wird.

Das Gerede, das diese Savas-Nachricht in Frankreich, und übrigens auch in England, erweckt hat, ist nicht gerade beruhigend. Regierungsamtliche deutsche Mütter trösten ihre Feier damit, daß man, besonders was Frankreich angeht, auf diesen Sturm der Entrüstung gefaßt gewesen sei, und daß im übrigen die Stimmung in den Vereinigten Staaten und namentlich in Italien die deutschen Wünsche viel ruhiger und objektiver betrachte. Wesentlich Italiens mag das ohne weiteres zutreffen, aber man sollte nachherode begriffen haben, daß Mussolini im entscheidenden Augenblick die deutsche Diplomatie immer im Stich läßt. Und was die Vereinigten Staaten anbelangt, so kann man nicht eindringlich genug vor der Illusion warnen, als ob sich die Regierung und die öffentliche Meinung in Amerika für irgendwelche Schritte und Bestrebungen einsetzen werden, die nicht eindeutig im Sinne der Abrüstung liegen.

Der Gedanke, England von Frankreich in dieser Frage entscheidend trennen zu können, ist nicht weniger verfehlt. Es ist ja gerade der Sinn und der Zweck jenes „Ankündigungspaktes“ gewesen, den Paris und London im letzten Stadium der Lausanner Konferenz abgeschlossen haben, eine Einheitsfront vor allem in der Abrüstungsfrage gegenüber dem nationalstolisch regierten Deutschland zu bilden.

Das deutsche Rüstungsproblem ist und bleibt also in erster Linie eine deutsch-französische Angelegenheit. Im Reichswehrministerium scheint man das wohl begriffen zu haben, und deshalb wurden ja unverbindliche Vorverhandlungen zwischen deutschen und französischen Militärattachésverständigen in Genf bereits eingeleitet. Allerdings, wie es scheint, ohne nennenswerten Erfolg. Indessen gibt es zumindest eine Kategorie von Franzosen, die den deutschen „Umbildungswünschen“ nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen: das sind — wen wird es wundern? — die französischen Rüstungsindustriellen, die voransteht wittern, nachdem sie lange Zeit unter dem Alpdruck der internationalen Abrüstungspropaganda gestanden haben. Zwischen dem „Comité des Forges“ und der deutschen Stahlindustrie laufen zwar wenig sichtbare, aber um so fettere Fäden, die wiederum zu den Generalen und Regierungen beider Länder führen. Das allein erklärt schon, warum selbst die nationalstolischen Mütter Frankreichs einer Aussprache mit Deutschland über die deutschen Forderungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen.

Schon jetzt läßt sich allerdings feststellen, daß die deutsche Öffentlichkeit durch Schlagworte auf Ziele festgelegt wird, die schlechterdings unerfüllbar sind und überflüssig, wie es scheint, gar nicht von der Reichsregierung erstrahlt werden. Dazu gehört z. B. der Ausdruck „Wehrhoheit“. Wenn dieses Wort einen Sinn hat, so doch nur den einer völligen Souveränität, also Selbstständigkeit und Sandlungsfreiheit.

Wegen Kritik am Sondergericht verboten

D. Berlin, 27. August. Das kommunistische Zentralorgan Rote Fahne in Berlin ist auf die Dauer einer Woche — vom 26. August bis zum 2. September einschließlich — verboten worden. Anah dort hat eine scharfe Kritik an dem unabweislichen Berliner Sondergerichts-urteil, das einen zwanzigjährigen Arbeiter wegen eines angeblichen, nur von Nationalsozialisten besetzten Schusses, der niemandem, auf zehn Jahre ins Zuchthaus bannen soll.

Bracht-Kerrel

Zwei kleine Diktatoren unterhalten sich - Einspruch der SPD-Fraktion

Der von Papen gemaltene Reichskommissar für Preußen, Bracht, hat am Mittwoch den Vizepräsidenten des Reichstages, Kerrel, in seiner Dienstwohnung besucht, um mit ihm das Verhältnis der kommunistischen Regierung zu erörtern. Die „Kommunisten“ sitzen auf dem Reichstag, das ist nur dem Reichspräsidenten, nicht aber dem Reichskommissar verantwortlich. Wie man hört, hat Kerrel diese Auffassung auch bei Bracht vertreten, aber hinsichtlich der Selbstverständlichkeit nichts an der Tatsache ändert, daß die Regierung gewillt sei, mit dem Landtag in engem Zusammenhang zu arbeiten. Die Regierung habe selbst über die in dieser Zusammenkunft zu entscheiden, also z. B. auch darüber, ob die Verhandlungen zwischen Regierung und Parlament auf dem üblichen Wege vor sich gehen sollen oder ob Kerrel direkt zur Ausfertigung der Gesetze in die Verhandlungen kommen. Weiter wurde auch die vom Reichskommissar ergriffene Einberufung des Reichstages erörtert. Bracht hat dabei grundsätzliche Bedenken gegen die Idee des Ausschusses zum Ausdruck gebracht, und darauf, daß der Unterhandlungsverlauf nicht schon in die Annahme einsteigen will, während das Vernehmungsverfahren ausbleibt.

Der Reichspräsident Kerrel spielt seine angesehene Diktatorrolle. Er hatte sich geneigert, dem Antrag der sozialistischen Fraktion und dem Reichstagspräsidenten nachzugehen, der die Landtagseröffnung zum 10. August forderte. Kerrel hat die SPD-Fraktion Klage beim Reichspräsidenten erhoben, Kerrel beantragte sich endlich zur Einberufung des Reichstages und „beriefte“ nach Leipzig, daß die Klage „ergriffen“ sei. Die SPD bezieht aber auf einen Urteil des Reichspräsidenten, daß die Annahme Kerrels verfassungswidrig ist, da der Reichspräsident erst vor einiger Zeit ernannt ist, daß der Landtag zu berufen ist, wenn ein Häufiger der Reichstages fordert. Dem diktatorischen Kerrel muß gesagt werden, daß man noch nicht im „Dritten Reich“ ist.

Hitler im Sanatorium Nervenzusammenbruch - und Schwund der Führerschaft

P. Paris, 26. August. (Sig. Funkpruch.) Der Kampf um die Führung in der Hitler-Partei wird in der französischen Presse eingehend besprochen. Die Mütter sprechen davon, daß der Gesundheitszustand Hitlers, der wegen eines Nervenzusammenbruchs plötzlich ein Sanatorium habe aufsuchen müssen, nicht mehr der beste sei. Der Rat in der Nationalsozialistischen Partei wird als Führer in der Nationalsozialistischen Partei mindestens ebenso stark erschüttert wie seine überausstrengen Nerven; denn man habe zum Stellvertreter Hitlers Gregor Straker ernannt, der bisher als der „intimste Feind“ Hitlers gegolten habe.

Der Führer als Fensterschmeißer

München, 25. August. In der Nacht zum Donnerstag, zwischen 11 und 12 Uhr, wurden Schaufenster der Münchener Kneipen durch Steinwürfe aus einem Personenzug zertrümmert. Der zur Tat benutzte Kraftwagen ist auf den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Wagner eingetrunnen. Nach dieser Richtung wurden, wie die Polizeidirektion mitteilt, Erhebungen eingeleitet, die zur Festnahme des Missetätigen und Propagandaleiters des Gaues München der NSDAP, Otto Rippold, führten, der sich für die Tat als verantwortlich erklärte.

Die Münchener Kneipenbesitzer haben den Nazis nicht ans zu Willen, daher unternimmt der Propagandaleiter höchstwahrscheinlich einen Heberfall. Was sagt man zu solch einer Partei?